

Beschluss (vorläufig; Stand: 14.05.2009)

## **Bundestagswahlprogramm 2009**

### **Kapitel 8**

#### **Anwältin der Bürgerrechte – Rechtsstaat verteidigen, Integration fördern**

2009 blicken wir zurück auf 60 Jahre Grundgesetz, auf 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR, auf 90 Jahre Frauenwahlrecht. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben vor 60 Jahren trotz immenser internationaler Bedrohungen die freiheitlichste Verfassung verabschiedet, die Deutschland je gesehen hat. Für sie waren Freiheits- und Bürgerrechte der Garant für die erfolgreiche Entwicklung der jungen Demokratie. Die individuelle, private Freiheit ohne staatliche Überwachung und Kontrolle ist die Voraussetzung für soziale Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand, politische Teilhabe, gesellschaftliche Kreativität und kulturelle Vielfalt. All dies brauchen wir, um in einer globalisierten Welt mithalten zu können. Aber heute erleben wir einen Abbau von Bürger- und Freiheitsrechten in gewaltigem Ausmaß. Im System Schäuble ist für den Staat jede und jeder zunehmend ein Sicherheitsrisiko: Die Verbindungsdaten der Telekommunikation aller werden auf Vorrat gespeichert.

Umfangreiche Flugpassagierdaten werden erhoben und an die USA geliefert, heute bei Flügen in die USA und morgen auch in die EU. Die Autobahnmautdaten will der Innenminister für Fahndungszwecke heranziehen. Ein bundesweites Melderegister steht ebenso auf seiner Wunschliste wie eine zentrale Fingerabdruckdatei aller Bürgerinnen und Bürger. In Reisepässen sind Fingerabdrücke bereits Pflicht, in Personalausweisen bisher noch freiwillig. Schäuble und jene, die diese Politik mittragen, behandeln ihre Bürger, als wären sie allesamt ein Risiko oder mögliche Gesetzesbrecher. Mehr denn je brauchen die Bürgerrechte deshalb eine unbeirrte und kämpferische Anwältin.

Wir Grüne verteidigen den freiheitlichen Rechtsstaat. Damit gehen wir in Fragen der Sicherheit den einzig erfolgversprechenden Weg. Denn die Bedrohung durch Terrornetzwerke kann nicht durch zentralisierte und ungezielte Massenüberwachung wirksam bekämpft werden. Die bewährte föderale und rechtsstaatliche Sicherheitsarchitektur wird vielmehr durch die zunehmende Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten gefährdet und geschwächt. Die bestehende Antiterrordatei mit ungezügelm Zugriff ist wie ein gemeinsamer Aktenschrank von Polizei und Geheimdiensten, nunmehr entsteht in Köln ein gemeinsam betriebenes Abhörzentrum.

Wir erteilen dieser Politik des permanenten Ausnahmezustandes eine klare Absage. Einsätze der Bundeswehr im Inneren lehnen wir ab. Schützenpanzer auf den Straßen, wie beim G8-Gipfel in Heiligendamm und Tornados im Tiefflug über DemonstrantInnen; das darf sich nie wiederholen.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Luftsicherheitsgesetz für verfassungswidrig erklärt. Passagierflugzeuge dürfen nicht abgeschossen werden, wenn unschuldige Menschenleben dabei geopfert werden sollen. Auch der Antiterrorkampf legitimiert keinen Menschenrechtsrabatt – keine Aufweichung des absoluten Folterverbots, keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Standards im Strafrecht oder Strafverfahren. Wer im Namen der Sicherheit die Freiheit opfert, der verliert am Ende beides.

Der grüne Neue Gesellschaftsvertrag setzt auf Integration und eine Kultur der Anerkennung. Gerade auch für junge Migrantinnen und Migranten wollen wir die Blockaden beiseite räumen und den Weg zu guter Bildung und guter Arbeit frei machen. Frau Merkel lässt zwar mit viel Tamtam Integrationsgipfel inszenieren. Gleichzeitig sinken jedoch die Einbürgerungszahlen in den Keller, da die große Koalition neue Hürden auf dem Weg zum deutschen Pass aufgebaut hat. Das ist doppelzünftig. Wir wollen dagegen Integration über gesellschaftliche Teilhabe und einer Politik der gleichen Rechte erreichen. Eine humane Flüchtlingspolitik respektiert das Grundrecht auf Asyl und höhlt es nicht aus.

Diskriminierung ist Gift für das gesellschaftliche Klima. Wir GRÜNE stehen für die Anerkennung von Verschiedenheit, für Respekt und Gleichberechtigung jedes Menschen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Niemand hat das Recht, im Namen einer Religion oder Weltanschauung die Freiheit anderer einzuschränken. Freiheit ist die Freiheit unterschiedlicher Lebensweisen, sexueller Identitäten oder des Glaubens. Freiheit konkretisiert sich in den Grundrechten unserer Verfassung und in den völkerrechtlich verbrieften Menschenrechten.

Wir wollen deshalb auch im kritischen Dialog mit den betreffenden Institutionen dafür eintreten, dass bestehende Diskriminierungen gemeinsam bekämpft werden. Dem allgemeinen Arbeitsrecht widersprechende Diskriminierungen müssen aufgehoben werden. In einigen Bereichen gibt es wegen des Tendenzschutzes noch Probleme. Dafür wollen wir Lösungen finden.

### **Keine staatliche Peepshow**

Der Mensch hat ein Recht darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden, hat das Bundesverfassungsgericht formuliert. Der Kernbereich privater Lebensgestaltung geht niemanden etwas an. Er muss unantastbar bleiben. Daher sagen wir Nein zur staatlichen Bespitzelung via Videoespionage in der Wohnung. Wir sagen Nein zur Speicherung der Telekommunikationsdaten aller BürgerInnen auf Vorrat und Nein zur Online-Durchsuchung, die die heimliche Ausforschung privater Computer ermöglicht. Wir sind für einen restriktiven Umgang mit RFID-Chips. Die immer umfangreicher werdende Kameraüberwachung in öffentlichen Bereichen des Lebens lehnen wir ab. Die überwachungsfreie Kommunikation mit dem Anwalt oder der Ärztin muss gewährleistet bleiben, ebenso das Recht von JournalistInnen, ihre Quellen straffrei zu schützen. Vielen Veränderungen der vergangenen vier Jahre ist eines gemeinsam: Stück für Stück werden wichtige Errungenschaften unseres Rechtsstaates abgebaut.

Wir wollen keine übermächtige Bundessicherheitsbehörde. CDU/CSU und SPD haben aber inzwischen das Bundeskriminalamt mit geheimdienstlichen Operationen beauftragt. Eine der Kontrolle der Nachrichtendienste durch den Bundestag entsprechende Regelung war zunächst überhaupt nicht vorgesehen. Nunmehr soll die Kontrolle in das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium abgeschoben werden. Es ist mit Händen zu greifen, dass damit die gesamte Arbeit des BKA nur dort erörtert und einer effektiven Kontrolle durch alle Abgeordneten entzogen werden wird. Jede und jeder, den ein Verdächtiger kennt, kann umfassend überwacht werden, ohne auch nur nachträglich darüber informiert zu werden.

Das BKA-Gesetz muss völlig neu geschrieben werden. Die Erprobung von „Nacktscannern“ auf unseren Flughäfen ging selbst Innenminister Schäuble zu weit. Er und Justizministerin Zypries

verantworten ein Fluggastdaten-Abkommen mit den USA, das selbst die Weitergabe von Informationen über sexuelle Vorlieben oder Gewerkschaftszugehörigkeit vorsieht. Das ist unglaublich. Als ob die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft oder Sexualität etwas Kriminelles wären. Wir lehnen es ab, dieses Abkommen zu ratifizieren und werden alles dafür tun, dass ähnliche Abkommen mit anderen Staaten gar nicht erst zustande kommen. Verkehrsüberwachung und Verbrechensbekämpfung dürfen nicht miteinander verquickt werden. Grauzonen müssen möglichst klar umrissen und weitestgehend ausgeräumt werden. Wir lehnen die unverhältnismäßige Vorratsdatenspeicherung strikt ab.

## **Meine Daten gehören mir**

Datenschutz ist Bürgerrecht wie der Schutz der Persönlichkeit oder das Post- und Fernmeldegeheimnis. Deshalb gehört der Datenschutz ins Grundgesetz, um ihn sichtbar und verbindlich für jede und jeden zu machen. Denn „Meine Daten gehören mir“ und nicht dem Kaufhaus, nicht meinem Mobilfunkbetreiber und dem Staat erst recht nicht. Der Staat greift in unsere Datenschutzrechte ein und vernachlässigt unseren Schutz vor Angriffen im nicht-öffentlichen Bereich. Die lange Liste der Datenschutzskandale in letzter Zeit offenbart gewaltige Lücken beim Schutz vor Missbrauch unserer persönlichen Daten. Daten sind auch zu einem wertvollen Wirtschaftsgut geworden. Sie werden nicht nur legal, sondern in einem riesigen Ausmaß illegal erhoben und gehandelt. Von fast allen Bürgerinnen und Bürgern sind inzwischen persönliche Daten bis hin zu Kontonummern und Konsumgewohnheiten im Umlauf und auf einem blühenden Schwarzmarkt erhältlich. Das informationelle Selbstbestimmungsrecht über unsere Daten ist zu einer Farce und der illegale Datenhandel zu einer neuen Form der Wirtschaftskriminalität geworden. Scoring-Agenturen dürfen nicht von geo- oder demographischen Indizien auf die Kreditwürdigkeit eines Menschen schließen. Neben einem deutlichen Ausbau der personellen Kapazitäten der Datenschutzbeauftragten, einer stärkeren Beschränkung des Datenhandels, aber auch mehr Kontrollen ist eine umfassende Reform des Datenschutzrechts mehr als überfällig. Die Spitzelaffären bei Telekom oder Bahn-AG, die Videoüberwachungen von Lidl bis in die intimsten Bereiche der Beschäftigten zeigen den dringenden Bedarf nach einem umfassenden Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und der Stärkung der betrieblichen Datenschutzbeauftragten. Statt immer mehr Überwachung wollen wir die Informationsfreiheit stärken. Wir werden mehr Transparenz schaffen und das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes umfassend erweitern. Wir fordern aber auch grundlegende Verbesserungen der behördlichen Datenschutzbestrebungen. Immer wieder kommt es auch bei Behörden zu Datenskandalen. Einwohnermeldedaten tauchen plötzlich im Internet auf, Computer mit sensiblen Daten von Bürgerinnen und Bürgern werden gestohlen und geraten so in die Hände Krimineller.

Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger in die Lage versetzen, bei Datenmissbrauch als Datenschützer in eigener Sache ihre Rechte geltend zu machen. Sie sollen sich gemeinsam und unterstützt durch Verbände bei datenschutzrechtlichen Verstößen vor Gericht wehren werden können. Wir wollen wie beim Verstoß gegen Persönlichkeitsrechte einen Schadenersatzanspruch für Datenmissbrauch. Wer Daten sammelt und mit ihnen arbeitet, muss einen streng geschützten Umgang mit ihnen nachweisen. Unternehmen müssen die Daten ihrer Kundinnen und Kunden so schützen wie heute schon ihre Geschäftsgeheimnisse. Verstöße gegen den Datenschutz sollen in Zukunft keine Kavaliersdelikte mehr sein.

Die Befürchtungen von BürgerrechtlerInnen und vielen Ärztinnen und Ärzte, dass mit der Gesundheitskarte dem Datenmissbrauch Tür und Tor geöffnet wird, müssen sehr ernst genommen werden. Die zentrale Speicherung von so umfangreichen Daten birgt ein extrem hohes Risiko. Deshalb darf die Gesundheitskarte nur dann eingeführt werden, wenn eine umfangreiche Risikoanalyse durchgeführt wurde. Die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Hoheit über die persönliche Daten müssen gewährleistet sein.

In Deutschland befinden sich mehr als 10 Millionen Waffen in Privatbesitz. Wir müssen abräumen. Wir wollen in einer Zivilgesellschaft leben, in der der Grundsatz gilt, öffentliche Räume und private Wohnungen sind waffenfrei. Wir wollen grundsätzlich keine Schusswaffen in der Privatwohnung. Sportwaffen gehören in die Sportvereine. Grosskalibrige Waffen dürfen nicht länger für den Schiesssport zugelassen werden. Auch illegale Waffen müssen aus dem Verkehr gezogen werden, dafür brauchen wir besondere Anreize.

## **Integration durch gesellschaftliche Teilhabe**

Mit dem grünen Neuen Gesellschaftsvertrag wollen wir die Integration voranbringen und die multikulturelle Realität demokratisch gestalten. Wir wollen Blockaden aufbrechen und Türen öffnen – auch in oberen Etagen und Leistungsfunktionen. Für uns ist Integration der Prozess zu einem Leben in geltendem rechtlichem Rahmen, mit sozialer Chancengleichheit und kultureller Selbstbestimmung. Die Gesellschaft muss den sozialen Aufstieg für ihre EinwanderInnen fördern, die Chancengleichheit in allen Lebensbereichen ermöglichen, vor allem in der Arbeitswelt und Bildung. Die frühere sprachliche Integration aller Kinder ist dabei eine Schlüsselaufgabe. Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ignorieren noch viel zu häufig die vielfältigen Kompetenzen und Potenziale von MigrantInnen. Wie viel ihr dabei verloren geht, macht nichts deutlicher als die vielen Erfolgsgeschichten, die es auch zu erzählen gibt – und das sind nicht nur die Fernsehmoderatorin irakischer Herkunft, der Fußballprofi aus Polen und der erste deutsche Parteivorsitzende mit türkischen Wurzeln, sondern insbesondere die geschätzte iranische Kollegin am Arbeitsplatz. Der Arbeitsmarkt ist ein Schlüssel zur Integration.

Wir setzen uns für die verstärkte politische Teilhabe von MigrantInnen ein. Dazu gehört ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-BürgerInnen, entsprechend der für EU-Bürger geltenden Fristen. Vor Ort entscheidet sich der Erfolg oder Mißerfolg von Integrationspolitik. Deshalb wollen wir den Kommunen mehr rechtliche, politische und finanzielle Instrumente in die Hand geben, um Integration zu fördern. Für Integration braucht es gleiche Rechte. Integration ist dabei aber keine Einbahnstraße. Integration bedeutet eine Herausforderung für alle. Auf allen Seiten ist die Bereitschaft zu Dialog und Veränderung notwendig. Dabei ist klar: Bei der Akzeptanz der Grundrechte, der Demokratie und der Freiheit Anderer gibt es keinen kulturellen Rabatt. Wir wollen Einbürgerung in Deutschland erleichtern – auch durch die generelle Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit und durch Senkung der Gebühren für die Einbürgerung. Junge Deutsche, die auch noch den Pass eines anderen Staates haben, müssen die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen, auch wenn sie nach ihrem 23. Geburtstag die andere Staatsangehörigkeit nicht aufgeben wollen. Der von der FDP durchgedrückte Optionszwang muss weg.

Wir wollen den Familiennachzug wieder erleichtern. Ehe- oder LebenspartnerInnen müssen nach einem Gesetz der großen Koalition bereits im Ausland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Das soll angeblich vor Zwangsverheiratung schützen. Tatsächlich wird aber gezielt der Nachzug aus einzelnen Nationen und Bevölkerungsschichten begrenzt. Sprachkenntnisse sind essentiell für Integration, sie können aber viel besser hier in Deutschland erworben werden. Menschen – meist Frauen - mit geringerem sozialen Status werden durch die hohen Kosten der Kurse benachteiligt. Wir wollen diese Restriktionen zurücknehmen. Der Schutz von Ehe und Familie und das Recht auf Freizügigkeit dürfen nicht nur für einige Privilegierte gelten. Die Opfer von Zwangsverheiratung brauchen viel mehr Rechte: Wir wollen den Betroffenen aufenthaltsrechtlichen Schutz und ein Recht auf Rückkehr nach Deutschland verschaffen.

Integration und Anerkennung beginnen bei der vorbehaltlosen Gleichstellung der UnionsbürgerInnen aus den neuen EU- Mitgliedstaaten. Die hier noch immer bestehenden Hindernisse für die Freizügigkeit wollen wir beseitigen.

## **Aufstehen gegen Rechtsextremismus**

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Homophobie ist auch ein Kampf für unsere Demokratie. Die Zahl der rechtsextremistischen und rassistischen Delikte, insbesondere der Gewalttaten, steigt in erschreckendem Maße. Ganze Regionen sind zu Zonen der Angst geworden, in denen sich Menschen mit anderer Hautfarbe, anderer Sprache, Behinderungen oder auch nur anderer Frisur nicht mehr sicher bewegen können. Immer wieder rütteln brutale Überfälle durch Rechtsradikale die Öffentlichkeit auf, aber hunderte andere Gewalttaten im Jahr werden höchstens in einer Randnotiz in den Zeitungen erwähnt. Und braunes Gedankengut ist auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Das können wir als Gesellschaft nicht länger hinnehmen! Wir müssen ein gesellschaftliches Klima schaffen, das dem Rechtsextremismus den Boden entzieht. Wir müssen rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und Antisemitismus ächten und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Ein zentraler Punkt ist dabei die Information über die Verbrechen der Nazizeit - in Schulen, Medien, durch Gedenkort wie die ehemaligen Konzentrationslager, das Mahnmal für die ermordeten Juden Europas und weitere Gedenkort für Sinti und Roma, Euthanasieopfer und Homosexuelle. Wir müssen rechtsextremistische Strukturen transparent machen und ihnen den finanziellen Nährboden entziehen. Wir brauchen attraktive demokratische Netzwerke, die Gegenangebote machen. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten fachkundig, helfen Opfern und werben öffentlich für mehr Vielfalt, Offenheit und Toleranz. Menschen, die diese - oftmals ehrenamtliche - Arbeit machen, verdienen unseren ganzen Respekt. Aber für ihre Arbeit brauchen sie auch eine solide und dauerhafte finanzielle Unterstützung. Zum Kampf gegen Rechtsextremismus gehört schließlich auch das entschlossene Eintreten für Gleichbehandlung und gegen Diskriminierung. Wir brauchen in der Fläche mobile Opferberatungsteams, die verhindern, das Opfer rechtsextremer Straftaten sich aus Angst aus dem öffentlichen Leben zurückziehen. Polizei und Justiz müssen für rechtsextreme Strukturen sensibilisiert werden und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Rechtsextremen die Arbeit zu erschweren. Auch wenn es kein Allheilmittel gegen Rechtsextremismus ist, wollen wir ein neues NPD-Verbotsverfahren prüfen.

## **Islam gleichstellen – Islam integrieren**

Heute ist der Islam die zweitgrößte religiöse Gruppe in Deutschland. Mit der Einwanderung der letzten Jahrzehnte kamen nicht nur Arbeitnehmer, es kamen auch Millionen Gläubige, die nicht den christlichen Kirchen oder der jüdischen Religion angehören. Das Grundgesetz garantiert auch ihnen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichberechtigt individuelle und kollektive Religionsfreiheit. Selbstverständlich dürfen muslimische Religionsgemeinschaften auch repräsentative Moscheen errichten. Wir GRÜNE werden dieses Recht gegen Angriffe von Rechts auf die Religionsfreiheit immer aktiv verteidigen. Islamfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen.

Integrationspolitisch ist die Ausbildung von islamischen Geistlichen und Religionslehrern in Deutschland notwendig. Bisher aber setzt das anerkannte Religionsgemeinschaften voraus. Bund und Länder müssen endlich mit muslimischen Organisationen eine verbindliche Vereinbarung treffen, wie man innerhalb des geltenden Religionsverfassungsrechts zu einer oder mehreren anerkannten muslimischen Religionsgemeinschaften kommt.

Schon jetzt sind viele Bausteine der Gleichstellung des Islams auf Landesebene und in den Kommunen umsetzbar: von der Einrichtung islamischer Friedhöfe bis hin zur Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen – einiges davon ist heute schon realisiert.

Integration des Islam ist mehr als formale Gleichstellung. Und es reicht auch nicht, eine Deutsche Islam-Konferenz einzurichten, die keinerlei verbindliche Ergebnisse erzielt. Von allen religiösen Organisationen, die eine vertiefte Kooperation mit dem Staat anstreben, erwarten wir, dass sie sich für die Verwirklichung der Menschenrechte einsetzen. Wir begreifen die islamischen Organisationen schon jetzt als Teil der deutschen Zivilgesellschaft und verbinden unsere Unterstützung für die Gleichberechtigung mit Erwartungen an die gesellschaftliche Verantwortung der Verbände und Vereine. Wir erwarten von ihnen ein aktives Eintreten für die Religionsfreiheit von Nichtmuslimen, für die Freiheit des Religionswechsels und für volle Selbstbestimmungsrechte der Frauen. Wer eine Frau oder ein Mädchen unter Druck setzt, dass sie ein Kopftuch oder bestimmte Kleidung trägt oder nicht trägt, verletzt ihr Recht auf Selbstbestimmung. Ebenso zählt zur Integration ein aktives Eintreten gegen Antisemitismus sowie die Verurteilung der Diskriminierung und Gewalt gegen Homosexuelle. Wir unterstützen auch Kräfte innerhalb aller Religionsgemeinschaften, die sich diesem Anliegen widmen.

Wir Grüne stellen uns dem islamischen Extremismus entschieden entgegen. Terror und Propaganda bedrohen nicht nur das Leben in einer freien Gesellschaft, sie tragen auch dazu bei, dass sich zwischen MuslimInnen und NichtmuslimInnen Misstrauen und Vorurteile aufbauen.

## **Schutz für verfolgte Flüchtlinge**

An Europas südlichen Küsten spielen sich schreckliche Tragödien ab. Jedes Jahr ertrinken, verhungern oder verdursten Männer, Frauen und Kinder elendig bei dem Versuch, mit seeuntüchtigen Booten über das Mittelmeer oder den Atlantik nach Europa zu gelangen. Zahlreiche Berichte sprechen von einer rigiden Abweisungs- und Zurückdrängungspraxis auch auf hoher See - auch unter deutscher Beteiligung. Dies geschieht im Rahmen der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX und ohne wirkliche parlamentarische Kontrolle. Es ist menschenverachtend, dass Europa auf schutzsuchende Menschen mit einer Abschottungspolitik reagiert, die an den EU-Außengrenzen bereits Tausende Tote gefordert hat. Das wollen wir ändern. Wir wollen eine gestaltete Einwanderungspolitik und eine menschenrechtsorientierte Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir wollen eine EU, die Menschen wo immer nötig, schützt und nicht abwehrt. Deshalb lehnen wir eine Abschottung der Außengrenzen der EU ab.

Obwohl kaum noch Flüchtlinge zu uns gelangen, hat die große Koalition die Abschottung weiter verschärft. Deutschland wird damit seiner humanitären Verantwortung in der Welt nicht gerecht. Das Asylrecht muss für alle Menschen da sein, die seinen Schutz brauchen. Ergänzend zum bestehenden Asylsystem wollen wir ein Resettlement-Programm auflegen – für unsere skandinavischen Nachbarn eine Selbstverständlichkeit.

Wir stehen für eine Flüchtlingspolitik, die auf der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention beruht. Nach deren Maßstäben ist der Umgang mit Asylsuchenden in unserem Land oftmals nicht menschenwürdig. Man darf Flüchtlinge nicht in Länder abschieben, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden und Gefahr für Leib, Leben und Freiheit droht. Auch können Staaten nicht als sicheres Drittland gelten, wenn sie keinen vollständigen Schutz durch die Genfer Flüchtlingskonvention gewährleisten. Während des Asylverfahrens werden Flüchtlinge einer bestimmten Aufnahmeeinrichtung zugeteilt. Sie dürfen den zugewiesenen Ort im Prinzip nicht verlassen. Diese Residenzpflicht verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit. Sie gehört abgeschafft, ebenso wie "Ausreisezentren" genannte menschenunwürdige Sammelunterkünfte und das Flughafenverfahren, bei dem asylsuchende Menschen bereits am Flughafen festgehalten werden. Die hohe Zahl der Widerrufsverfahren gegen positive Asylbescheide durch das BAMF ist ein humanitärer und integrationspolitischer Skandal. Das ist in dieser Form einmalig in Europa. Wir treten ein für die umfassende Umsetzung der Kinderrechtskonvention in unserem Land und die Rücknahme der deutschen Vorbehalte, die vor al-

lem negative Auswirkungen auf Flüchtlingskinder haben. Noch immer schiebt die Bundesrepublik Kinder und Jugendliche ab, die keine andere Heimat als Deutschland kennen. Diesen Skandal wollen wir beenden.

Wir wollen eine großzügige Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende Menschen, die bislang nur geduldet wurden. Nur so erhalten sie endlich eine sichere Zukunftsperspektive. Die von der großen Koalition beschlossene Bleiberechtsregelung wird dem nicht gerecht, weil sie zu viele Ausschlussgründe sowie kleinliche bürokratische Bedingungen enthält, die von den meisten Geduldeten nicht erfüllt werden können. Die Drittstaatenregelung ist inhuman. Wir setzen uns für ein Recht auf Asyl im Grundgesetz ein, das seinen Namen auch verdient.

Das Asylbewerberleistungsgesetz mit seinen menschenunwürdigen Bestimmungen muss weg. Seine Sonderregelungen stellen Flüchtlinge unterhalb des soziokulturellen Existenzminimums. Wir unterstützen daher den Vorschlag der EU-Kommission, die sozialen Mindeststandards für AsylbewerberInnen zu verbessern und auch ihnen das Recht auf Arbeit schneller zuzugestehen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen ohne Aufenthaltsrecht Zugang zu medizinischer Grund- und Notfallversorgung erhalten und dass ihre Kinder ungehindert Kindergärten und Schulen besuchen können. Um dies zu erreichen, muss die Meldepflicht öffentlicher Stellen an die Ausländerbehörden entfallen. Wir wollen Wege zur Legalisierung des Aufenthalts ermöglichen. Menschen, die nichts weiter getan haben, als in Deutschland Zuflucht zu suchen, sitzen in Abschiebehaft. Wir setzen uns für die Beendigung dieser inhumanen Situation ein. Bis dahin fordern wir zumindest die Einhaltung menschenrechtlicher Standards, keine Inhaftierung besonders Schutzbedürftiger, die Trennung von Strafhaft und Zivilhaft und die Begrenzung der Abschiebehaft auf einen so kurzen Zeitraum wie möglich, aber maximal 6 Monate. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen schätzt, dass zur Zeit circa 25 Millionen Menschen als Folge von Umweltkatastrophen im eigenen Land auf der Flucht sind, die dort ihre Lebensgrundlage verloren haben. Mit den stärker werdenden Auswirkungen des fortschreitenden Klimawandels wird diese Zahl dramatisch steigen.

## **Gleiche Rechte für Lesben, Schwule und Transgender**

Lesben, Schwule und Transgender leben heute in Deutschland so frei wie nie zuvor. Mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz ist uns eine kleine Kulturrevolution für Akzeptanz gelungen. Dennoch sind homophobe Parolen im Fußballstadion, in manchen Musikszenen und besonders auf dem Schulhof immer noch Alltag, es mehren sich die Berichte über antihomosexuelle Gewalttaten. Wir brauchen einen Nationalen Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie, unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Religionsgemeinschaften. Die schwul-lesbische Selbsthilfe-, Sozial- und Bürgerrechtsarbeit muss gefördert werden. Unser zentrales Anliegen ist hierbei die Stärkung der Antigewalt-, der Antidiskriminierungs- und der Beratungsarbeit. Die Opfer antihomosexueller Strafgesetzgebung in Deutschland wollen wir rechtlich rehabilitieren und entschädigen.

Im Gleichheitsartikel unserer Verfassung muss endlich ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Die Rechte der Homosexuellen und Transgender sind eine Frage der Demokratie und Menschenrechte. Auch deshalb kämpfen wir für die volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften und ein menschenwürdiges Transsexuellenrecht. Wir fordern die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare, einschließlich des Adoptionsrechts. Ebenso muss die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung Lebenspartnerinnen, Unverheirateten und Alleinstehenden offen stehen. Regenbogenfamilien, also gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern, dürfen nicht benachteiligt werden.

Deutsche Menschenrechtspolitik muss eine klare Position beziehen - gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Schwulen, Lesben und Transgender mit Füßen treten. Das gilt gegenüber

Teheran genauso wie gegenüber Jamaica, Moskau und dem Vatikanstaat. Gerade angesichts der früheren Verfolgung Homosexueller in unserem Land hat Deutschland eine besondere Verantwortung, schwule und lesbische MenschenrechtsverteidigerInnen beispielsweise über eine Stiftung weltweit zu schützen und zu unterstützen.

## **Gegen Diskriminierung**

In unserer Gesellschaft wird eine Vielfalt von Lebensentwürfen gelebt: Um Vielfalt zu ermöglichen und Menschenrechte zu garantieren, darf niemand wegen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der rassifzierten Zuschreibungen, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt werden. Dieses Diskriminierungsverbot haben wir für die Arbeitswelt, das Geschäfts und Alltagsleben politisch weitgehend durchgesetzt. Union wie FDP kämpfen bis heute dagegen an – in Deutschland wie auf europäischer Ebene. Sie verstehen Freiheit vor allem als Ellenbogenfreiheit und glauben, dass der Markt schon für Gleichberechtigung sorgen wird. Die Große Koalition blockiert zudem in Brüssel eine umfassende und starke europäische Antidiskriminierungspolitik. Diese unverantwortliche Anti-Menschenrechtspolitik wollen wir aufbrechen. Öffentliche Zuwendungen und Aufträge müssen an die Einhaltung der Diskriminierungsverbote geknüpft werden. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes werden wir aus ihrem Dornröschenschlaf wachküssen. Wir meinen die Freiheit, ohne Angst anders sein zu können, und die gleichen Chancen und Rechte zu haben. Wir stehen für eine Politik der Vielfalt und für klare Kante gegen Diskriminierung.

Auch die Menschenrechte für transsexuelle und intersexuelle Menschen müssen in vollem Umfang gewährleistet werden. Intersexuelle Menschen, die mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen geboren werden, dürfen keinen medizinisch unnötigen Operationen zur Geschlechtsanpassung unterworfen werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, geschlechtliche Uneindeutigkeit zuzulassen, und fordern für Menschen, die nicht als weiblich oder männlich leben wollen, die Möglichkeit, sich unter einem dritten Geschlecht eintragen zu lassen.

Wir Grüne setzen uns für die Gleichstellung der nationalen Minderheiten an die Mehrheitsbevölkerung ein. Deshalb fordern wir Kultur- und Bildungsinstitutionen der Sinti und Roma, sowie sorbischen, dänischen und friesischen Minderheit gleichberechtigt finanziell zu fördern. Wir wollen, dass der Schutz der 4 nationalen Minderheiten in Deutschland durch das Grundgesetz garantiert wird.

## **Wende in der Drogenpolitik – für Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung**

Wir wollen eine rationale Drogenpolitik, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt. Drogenpolitik steht in dem schwierigen Spannungsverhältnis das Selbstbestimmungsrecht der Menschen zu achten, zugleich aber die Entstehung von Sucht durch Prävention zu bekämpfen, Kinder- und Jugendliche zu schützen und Schwerstabhängigen zu helfen. Die Politik der Kriminalisierung von KonsumentInnen führt dabei in die Sackgasse. Schwerstabhängige brauchen Hilfe, keine Strafverfolgung. Für sie wollen wir eine kontrollierte medizinische Abgabe ("Heroinprojekt"). Bei weichen Drogen wie Cannabis wollen wir unter Berücksichtigung des Jugendschutzes eine legale Abgabeform ermöglichen. Kinder und Jugendliche sind vor allen weichen wie harten Drogen einschließlich Alkohol und Tabak zu schützen. Unser Ziel ist eine wirksame und glaubwürdige Prävention und der Kinder- und Jugendschutz. Ausgeweitet und verbessert werden zudem die Angebote zur Therapie und zur Schadensminderung (z.B. Drug-Checking-Programme).

## **Gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit**

Als Grüne streiten wir auch auf der Straße für unsere politischen Forderungen. Aber gerade bei Demonstrationen wird man immer wieder mit der Repression eines ausufernden Sicherheitsstaates konfrontiert. Für uns müssen Bürgerrechte auch auf der Straße Geltung erlangen. Wir fordern einen Kurswechsel der Strategie der Polizei und den Innenministerien ein. Außerdem fordern wir höhere Anforderungen für den polizeilichen Einsatz von Filmkameras gegen Demonstrierende. Auch ohne „Gefahr in Verzug“ werden Demonstrationen regelmäßig abgefilmt ohne dass klar ist, was mit dem Filmmaterial passiert. Zudem müssen alle PolizistInnen klar erkenntlich ihre Dienstnummern auf dem Rücken tragen. Nur so ist es bei Grundrechtsverletzungen den Betroffenen möglich, gegen die verantwortlichen PolizistInnen vorzugehen und gerichtlichen Rechtsschutz einzufordern. Um Polizeistrategien nachhaltig evaluieren zu können, setzen wir uns für eine unabhängige Institution ein, die Polizeieinsätze nachbereitet

## **Bürgernahe Justiz**

Man kann sie nicht kaufen, aber es gibt sie nicht umsonst: eine unabhängige, bürgernahe, schnell und effektiv arbeitende Justiz. Bürgerinnen und Bürger müssen die Gewissheit haben, in angemessener Zeit und unabhängig vom Geldbeutel Recht erhalten zu können. Das hat seinen Preis. Eine Justizpolitik nach Kassenlage lehnen wir strikt ab und wenden uns gegen das Ansinnen, Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe zusammenzustrichen. Sozialgerichte müssen grundsätzlich kostenfrei bleiben. Die Möglichkeit zur außergerichtlichen Einigung z.B. durch Mediation als Mittel der Streitbeilegung wollen wir stärken. Die richterliche Unabhängigkeit ist ein Garant einer rechtsstaatlichen Justiz. An der Diskussion innerhalb der Richterschaft über stärkere Selbstverwaltung werden wir uns beteiligen. Eine Zusammenlegung von Sozial- und Verwaltungsgerichten ohne Nachweis jeden Nutzens lehnen wir ab. Wir wollen die Wahl der RichterInnen zum Bundesverfassungsgericht reformieren. Es geht nicht an, dass CDU/CSU und SPD die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts unter sich und praktisch ohne das Parlament aushandeln. Bei der Wahl der Richterinnen und Richtern an Bundesgerichten brauchen wir mehr Transparenz und die aktive Förderung von Frauen.

Wir wollen das Bestrafungssystem reformieren. Auch wenn es unbequem ist, sich manchmal gegen eine von Massenmedien aufgepeitschte Stimmung zu behaupten: Wir stehen zum Grundsatz der Resozialisierung. Kriminelle Handlungen gehören bestraft, aber der Gemeinschaft ist mehr damit gedient, straffällig gewordene Menschen wieder in die Gesellschaft zurückzuführen, als sie einfach nur wegzusperren. In vielen Fällen gibt es intelligentere Lösungen als Haft. Besonders kurze Haftstrafen sollten durch gemeinnützige Arbeit ersetzt werden können. Doch der beste Ansatz zur Verhinderung von Verbrechen ist die Prävention im sozialen Umfeld. Daher benötigen wir endlich eine nationale Präventionsstrategie, die soziale und ökonomische Aspekte mit berücksichtigt und dort womöglich Repressionen überflüssig macht. Einrichtungen der Opferhilfe wollen wir stärken und die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten weiter verbessern. Bei Jugendlichen und Heranwachsenden beharren wir auf dem Vorrang der Erziehung vor der Bestrafung. Wir wollen die Möglichkeiten des Jugendstrafrechts ausbauen und wenden uns gegen alle Versuche, straffällig gewordene Jugendliche und junge Menschen wie Erwachsene zu behandeln. Ein rechtsstaatliches Strafrecht kommt ohne Kronzeugen aus. Die auswuchernde Sicherungsverwahrung wollen wir auf aller schwerste Fälle einengen.

Es gibt immer wieder Menschen, die zu Unrecht verurteilt werden. Auch wenn dieses Unrecht aufgeklärt wird, müssen sich diese Menschen eine Wiedergutmachung - soweit dies überhaupt möglich ist – zum Teil mühsam erklagen. Wir GRÜNE fordern eine zentrale Anlaufstelle für die Opfer dieser Justizirrtümer und klare Regeln wie diesen Menschen geholfen und unter welchen

Umständen auch finanzielle Wiedergutmachung zu leisten ist. Für zu Unrecht Inhaftierte wollen wir die Haftentschädigung deutlich anheben. Das muss uns die Freiheit allemal wert sein.

### **Für eine bürgerrechtliche EU-Justiz und Innenpolitik**

Freiheit, Sicherheit und Recht können heute nicht mehr alleine im nationalen Kontext gewährleistet werden. Die Verfolgung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität oder des internationalen Terrorismus erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Partnerländern und darüber hinaus. Auch in der europäischen Justiz- und Innenpolitik muss die Balance von Freiheit und Sicherheit stimmen. Leider ist das nicht immer der Fall – und die große Koalition trägt hierfür eine erhebliche Mitverantwortung. Die deutsche Europapolitik muss die individuellen Rechte der Menschen verteidigen. Dazu gehört auch die Stärkung des Datenschutzes auf europäischer Ebene und des EU-Datenschutzbeauftragten. Der weitere Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz muss Hand in Hand gehen mit verbindlichen Garantien zum Schutz der Bürgerrechte.

### **Wer GRÜN wählt, ...**

- ... macht Schluss mit der heimlichen Computer-Ausforschung und der Vorratsdatenspeicherung.
- ... bringt den Datenschutz ins Grundgesetz.
- ... erleichtert Einbürgerung, stärkt Integration und schützt Flüchtlinge.
- ... spielt Bürgerrechte nicht gegen Innere Sicherheit aus.
- ... zeigt jeder Form der Diskriminierung die rote Karte und stärkt die Rechte von Schwulen und Lesben